



# Geschäfte des EFD 2019

## 2. Quartal

### Bundesfinanzen

- **Konsolidierte Rechnung:** Der Bundesrat hat die konsolidierte Rechnung für das Jahr 2018 genehmigt. Die Konsolidierte Rechnung Bund (KRB) schliesst mit einem Überschuss von 5,7 Milliarden Franken ab. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Abnahme von 3,1 Milliarden Franken. Für den Rückgang ist vorwiegend der Verlust bei den Sozialversicherungen verantwortlich. (10.4.)
- **Öffentliche Haushalte:** In den Jahren 2017 bis 2019 präsentiert sich die Finanzlage der öffentlichen Haushalte erfreulich positiv. Vor allem der Bund kann dank hoher Einnahmen aus der Verrechnungssteuer und aus der direkten Bundessteuer grosse Überschüsse erzielen. Auch Kantone und Sozialversicherungen können mit positiven Abschlüssen rechnen, während die Ergebnisse der Gemeinden ziemlich ausgeglichen ausfallen dürften. Angesichts dieser positiven Lage können in den nächsten Jahren vor allem Bund, Kantone und Sozialversicherungen von einer Entschuldung ausgehen. Dies zeigen die neuen Zahlen der Finanzstatistik. (25.4.)
- **Schuldenbremse:** Im Nachgang zum Expertenbericht Schuldenbremse von 2017 hat der Bundesrat mehrmals über eine Anpassung der Schuldenbremse diskutiert. Auf Basis eines Berichtes über die Entwicklung der Budgetunterschreitungen hat er beschlossen, die Flexibilität der Verwaltungseinheiten bei der Budgetumsetzung zu erhöhen. Auf eine Ergänzung der Schuldenbremse will er aber verzichten. (22.5.)
- **Budget:** Der Bundesrat hat den Voranschlag 2020 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2021-2023 materiell verabschiedet. Im Voranschlag 2020 erwartet er einen Überschuss von 0,6 Milliarden Franken. Damit ist der Haushalt trotz Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) ausgeglichen. Die Entwicklung in den Finanzplanjahren ist wegen laufenden und geplanten Steuerreformen von einigen Unsicherheiten geprägt. (26.6.)

### Vom Bundesrat verabschiedete / angeordnete EFD-Botschaften

- **AIA:** Der Bundesrat hat die Botschaft zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten (AIA) mit 19 weiteren Partnerstaaten verabschiedet. Das Inkrafttreten ist für 2020 geplant mit einem ersten Datenaustausch 2021. Ferner hat der Bundesrat den Bericht zum Prüfmechanismus zur standardkonformen Umsetzung des AIA durch Partnerstaaten genehmigt. (29.5.)
- **Zivile Bundesbauten:** Der Bundesrat hat die Botschaft 2019 über die zivilen Immobilien verabschiedet. Er beantragt darin dem Parlament einen Gesamtkredit «Zivile Bauten» von 315,9 Millionen Franken, einen Gesamtkredit «Bundesasylzentren» von 94,4 Millionen Franken sowie einen Zusatzkredit für die Verlängerung der Miete für das Bundesgericht in Luzern. (29.5.)
- **Geldwäschereigesetz:** Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Geldwäschereigesetzes (GwG) verabschiedet. Die Vorlage folgt der Strategie zur Finanzmarktpolitik des Bundesrats für einen wettbewerbsfähigen Finanzplatz

Schweiz und trägt den wichtigsten Empfehlungen des Länderberichts der Financial Action Task Force (FATF) über die Schweiz Rechnung. (26.6.)

- **Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapitalgerecht besteuern»:** Der Bundesrat hat eine Aussprache zur Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» geführt. Er hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) beauftragt, die Botschaft mit dem Antrag auf Ablehnung ohne Gegenvorschlag auszuarbeiten. (26.6.)

### Vom Bundesrat eröffnete Vernehmlassungen zu EFD-Geschäften

- **Eigenmittelverordnung:** Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) hat die Vernehmlassung zu einer Änderung der Eigenmittelverordnung (ERV) eröffnet. Die Vorlage betrifft drei separate Themen: Das EFD will die Anforderungen für bestimmte kleine Banken und Wertpapierhäuser vereinfachen, die Risikogewichte für hoch belehnte inländische Wohnrenditeliegenschaften anpassen und sicherstellen, dass Stammhäuser der systemrelevanten Banken im Krisenfall ausreichend kapitalisiert sind. (5.4.)
- **STAF-Verordnungen:** Der Bundesrat hat Verordnungen zur Umsetzung des Bundesgesetzes über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) in die Vernehmlassung geschickt. Unter der Voraussetzung, dass die STAF-Vorlage an der Volksabstimmung vom 19. Mai 2019 angenommen wird, sollen die Verordnungen zusammen mit dem Gesetz auf den 1. Januar 2020 in Kraft gesetzt werden. Die Vernehmlassung dauert bis zum 17. Juli 2019. (10.4.)
- **Verordnung zum Finanzmarktaufsichtsgesetz:** Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einer neuen Verordnung zum Finanzmarktaufsichtsgesetz (FINMAG) eröffnet. Der Verordnungsentwurf konkretisiert die Aufgaben der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) im internationalen Bereich, ihre Rolle und Tätigkeiten in der Regulierung sowie die Zusammenarbeit zwischen der FINMA und dem Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD). (1.5.)
- **Elektronische Steuererklärung:** Der Bundesrat will auf die Verpflichtung zur Unterzeichnung der elektronisch eingereichten Steuererklärung verzichten. Zudem möchte er in einzelnen Steuerbereichen die Unternehmen zur elektronischen Einreichung der Unterlagen verpflichten können. Der Bundesrat hat dazu die Vernehmlassung eröffnet. (21.6.)
- **Kollektivanlagengesetz:** Der Bundesrat hat die Vernehmlassung für eine Änderung des Kollektivanlagengesetzes (KAG) eröffnet. Mit dieser soll eine neue, nicht beaufsichtigte Fondskategorie geschaffen werden, die ausschliesslich qualifizierten Anlegern vorbehalten ist. Dadurch soll die Wettbewerbsfähigkeit des Fondplatzes Schweiz gestärkt werden. Die Vernehmlassung dauert bis zum 17. Oktober 2019. (26.6.)
- **Fahrkosten:** Die private Nutzung des Geschäftsfahrzeugs soll gemäss Beschluss der Eidgenössischen Räte mit einer Pauschale besteuert werden können, die neu auch die Fahrkosten zum Arbeitsort umfasst. Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) hat hierzu eine Verordnungsänderung in die Vernehmlassung geschickt. (28.6.)

### Internationales

- **IWF:** Der Internationale Währungsfonds (IWF) würdigt die Widerstandsfähigkeit der Schweiz seit der Finanzkrise sowie die solide Lage der öffentlichen Haushalte und den geldpolitischen Kurs. Er sieht eine verstärkte Rolle der Finanzpolitik bei der Stärkung des Wachstumspotenzials und um den Herausforderungen des technologischen Wandels und der Alterung entgegenzutreten. Er würdigt auch die Fortschritte bezüglich Stabilität des Finanzsektors, erachtet jedoch die geplante Revision der Einlagensicherung als ungenügend. Potenzielle Risiken ortet der IWF weiterhin im internationalen Umfeld und im inländischen Immobilien- und Hypothekarmarkt, namentlich bei den Wohnrenditeliegenschaften. Risiken sieht er auch im Falle einer Ablehnung der Unternehmenssteuerreform durch das Volk. (1.4.)

- **Staatsbesuch aus Liechtenstein:** Unter der Leitung von Bundespräsident Ueli Maurer hat der Bundesrat in corpore Seine Durchlaucht Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein zum Staatsbesuch in der Schweiz empfangen. Der mit den Aufgaben des Staatsoberhaupts betraute Erbprinz wurde von seiner Gattin, Ihrer Königlichen Hoheit Erbprinzessin Sophie von und zu Liechtenstein, sowie einer hochrangigen Delegation aus dem Fürstentum begleitet. Im Zentrum der offiziellen Gespräche im Bernerhof standen die Würdigung der 100-jährigen bilateralen Beziehungen, europäische Themen sowie die Zusammenarbeit beider Länder im internationalen Kontext. (3.4.)
- **Zollverwaltung:** Der Bundesrat hat die Weichen für die Weiterentwicklung der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) gestellt. Unter dem neuen Namen Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) wird die Organisation der EZV auf die neuen Anforderungen ausgerichtet, damit sie ihren Auftrag in einem sich verändernden Umfeld weiterhin erfolgreich erfüllen und die Chancen der Digitalisierung nutzen kann. (10.4.)
- **IWF-Frühjahrstagung:** Bundespräsident Ueli Maurer, Bundesrat Guy Parmelin und Thomas Jordan, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, weilten in Washington. Sie nahmen dort an der gemeinsamen Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbankgruppe (WBG) teil. (13.4.)
- **Aussenhandel:** Im schweizerischen Aussenhandel entwickelten sich die beiden Verkehrsrichtungen im ersten Quartal 2019 gegensätzlich. Die Exporte liessen saisonbereinigt leicht nach, verblieben indes weiterhin über der 57-Milliarden-Franken-Marke. Die Importe dagegen legten nochmals zu (+ 1,0 Prozent) und erreichten damit den Rekordwert von 51,2 Milliarden Franken. Die Handelsbilanz schloss mit einem Überschuss von 6,2 Milliarden Franken. (18.4.)
- **Staatsbesuch in China:** Bundespräsident Ueli Maurer ist vom chinesischen Präsidenten Xi Jinping zu einem Staatsbesuch empfangen worden. Im Zentrum des offiziellen Gesprächs standen die Weiterentwicklung der sehr guten Beziehungen zwischen der Schweiz und China, Themen aus der Finanz- und Wirtschaftspolitik sowie die Belt and Road Initiative. (29.4.)
- **DBA mit Ecuador:** Das Änderungsprotokoll zum Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (DBA) zwischen der Schweiz und Ecuador ist am 17. April 2019 in Kraft getreten. Das Protokoll passt die Amtshilfeklausel dem internationalen Standard zum Informationsaustausch auf Anfrage an. (7.5.)
- **Besuch in Polen:** Die Schweiz und die nach dem Ersten Weltkrieg wiedergegründete Republik Polen haben vor 100 Jahren diplomatische Beziehungen aufgenommen. Aus Anlass dieses Jubiläums ist Bundespräsident Ueli Maurer nach Warschau gereist, wo er vom polnischen Staatsoberhaupt Andrzej Duda empfangen wurde. (14.5.)
- **Treffen mit US-Präsident Donald Trump:** Bundespräsident Ueli Maurer wurde von US-Präsident Donald Trump im Oval Office des Weissen Hauses zu einem rund 40-minütigen Treffen empfangen. An einer Medienkonferenz auf der Schweizer Botschaft in Washington zog er eine positive Bilanz der geführten Gespräche. (16.5.)
- **DBA mit Südkorea:** Die Schweiz und Südkorea haben in Seoul ein Änderungsprotokoll zum Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen (DBA) unterzeichnet. Das Protokoll setzt die Mindeststandards in Sachen Doppelbesteuerungsabkommen um. (17.5.)
- **MoU mit den USA:** Das Eidgenössische Finanzdepartement, vertreten durch die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV), und das Ministerium für Innere Sicherheit der Vereinigten Staaten, vertreten durch die Customs and Border Protection (US CBP), haben in Washington D.C. ein Memorandum of Understanding über die Zusammenarbeit im Zollbereich unterzeichnet. (20.5.)
- **DBA mit Iran:** Die Schweiz und Iran haben in Teheran ein Änderungsprotokoll zum Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (DBA) unterzeichnet. Das Protokoll setzt die Mindeststandards in Sachen Doppelbesteuerungsabkommen um. (3.6.)

- **Sechsertreffen:** Bundespräsident Ueli Maurer und die Staatsoberhäupter der deutschsprachigen Staaten haben sich am jährlichen Sechsertreffen über den Themenkomplex „Demokratie und digitale Gesellschaft“ ausgetauscht. Ausserdem standen politische Prioritäten der einzelnen Staaten auf der Gesprächsagenda. Das Treffen fand dieses Jahr in Linz in Oberösterreich statt. (4.6.)
- **Japan/G20:** Bundespräsident Ueli Maurer wurde vom japanischen Premierminister Shinzō Abe empfangen. Das Gespräch stand im Zeichen der langjährigen, ausgezeichneten Beziehungen zwischen der Schweiz und Japan. Zur Sprache kamen neben regionalen Themen auch die zentralen Herausforderungen für das globale Finanz- und Wirtschaftssystem, welche Bundespräsident Maurer am Wochenende am Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Fukuoka aufgenommen hatte. (10.6.)
- **DBA mit Irland:** Die Schweiz und Irland haben in Dublin ein Änderungsprotokoll zum Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (DBA) unterzeichnet. Das Protokoll setzt die Mindeststandards in Sachen Doppelbesteuerungsabkommen um. Zudem wird eine Schiedsklausel ins DBA aufgenommen. (13.6.)
- **DBA mit den Niederlanden:** Die Schweiz und die Niederlande haben in Den Haag ein Änderungsprotokoll zum Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen (DBA) unterzeichnet. Das Protokoll setzt die Mindeststandards in Sachen Doppelbesteuerungsabkommen um. Es präzisiert zudem einige Begriffe und passt das DBA an die aktuelle Vertragspolitik der beiden Staaten an. (12.6.)
- **Arbeitstreffen mit Kolumbiens Präsident Duque:** Bundespräsident Ueli Maurer hat den kolumbianischen Präsidenten Iván Duque zu einem Arbeitstreffen im Bernerhof empfangen. Zur Sprache kamen bilaterale Themen, unter anderem betreffend Wirtschaft, sowie die Lage in Kolumbien und in dessen Nachbarland Venezuela. (20.6.)
- **Börsenäquivalenz:** Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) hat die Liste der Jurisdiktionen, die ihre Marktteilnehmer beim Handel mit Beteiligungspapieren von Gesellschaften mit Sitz in der Schweiz an Schweizer Handelsplätzen einschränken, aktualisiert. Die neue Liste gilt ab Montag 1. Juli 2019. Damit aktiviert das EFD die Massnahme zum Schutz der Schweizer Börseninfrastruktur. (27.6.)

### Reformprojekte des Bundesrates

- **STAF:** Bei einer Stimmbeteiligung von 42,7 Prozent haben die Schweizer Stimmberechtigten anlässlich der Volksabstimmung das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) mit 66,4 Prozent Ja-Stimmen gegen 33,6 Prozent Nein-Stimmen angenommen. (19.5.)
- **STAF:** Das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) tritt am 1. Januar 2020 vollständig in Kraft. Das hat der Bundesrat beschlossen. (14.6.)
- **Verrechnungssteuer:** Der Bundesrat hat beschlossen, die sistierte Reform der Verrechnungssteuer wieder aufzunehmen. Er hat dazu die Zielsetzungen und die Eckwerte verabschiedet. Im Herbst soll eine Vernehmlassungsvorlage vorliegen. (26.6.)

### Wichtige Verordnungen

- **Textilindustrie:** Der Bundesrat hat die Verordnung über die vorübergehende Aussetzung von Zollansätzen für textile Vor- und Zwischenmaterialien gutgeheissen. Sie tritt am 1. Juli 2019 in Kraft. (1.5.)

### Weitere EFD-Geschäfte

- **PUBLICA:** Die Pensionskasse des Bundes PUBLICA blickt auf ein bewegtes und intensives Berichtsjahr zurück. Turbulenzen an den Finanzmärkten und schlecht rentierende Anlageklassen ermöglichten eine Gesamtperformance von nur minus

- 3,26 Prozent bei einem Deckungsgrad von 101,2 Prozent per 31. Dezember 2018. Dank der guten Kostenstruktur und der rechtzeitigen Anpassung der technischen Parameter an realistische Verhältnisse einerseits und der steten Optimierung der Prozesse andererseits bleibt PUBLICA auf Kurs und fit für die Zukunft. (2.4.)
- **E-Government:** Der von Bundespräsident Ueli Maurer geleitete Steuergausschuss E-Government Schweiz hat sich für eine verbindlichere Zusammenarbeit zwischen den Staatsebenen ausgesprochen, um die Umsetzung von E-Government zu beschleunigen. An seiner Sitzung hat der Steuergausschuss zudem den ersten Entwurf des Umsetzungsplans für 2020–2023 beraten und den Jahresbericht 2018 seiner Geschäftsstelle verabschiedet. (9.4.)
  - **Heiratsstrafe:** Der Bundesrat hat das Urteil des Bundesgerichts im Beschwerdeverfahren betreffend die eidgenössische Volksabstimmung vom 28. Februar 2016 über die Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» zur Kenntnis genommen. Er wartet die schriftliche Urteilsbegründung ab, wird diese analysieren und die notwendigen Schritte einleiten. (10.4.)
  - **Besondere Personalkategorien:** Bisher traten Mitarbeitende der besonderen Personalkategorien früher als die übrigen Mitarbeitenden der Bundesverwaltung in den Ruhestand. Am 30. November 2018 hat der Bundesrat seine Absicht bekräftigt, dass künftig für alle das ordentliche Rentenalter gelten soll, und die neue Regelung in den Grundzügen festgelegt. Er hat die notwendigen Anpassungen der rechtlichen Grundlagen gutgeheissen. (10.4.)
  - **PUBLICA:** Der Bundesrat hat Änderungen im Vorsorgereglement des Vorsorgewerks PUBLICA genehmigt. Diese wurden vom paritätischen Organ beschlossen und treten am 1. Mai 2019 in Kraft. (10.4.)
  - **Vorsorgewerk Bund:** Der Bundesrat hat sechs Mitglieder in das paritätische Organ des Vorsorgewerks Bund (POB) gewählt. Diese werden für die Amtsdauer vom 1. Mai 2019 bis zum 30. April 2023 die Arbeitgeberinteressen im POB vertreten. (17.4.)
  - **MELANI:** IoT-Geräte können in grossem Masse für Cyber-Angriffe missbraucht werden. Erfolgreiche Erpressungsversuche wie «Fake Sextortion», Überweisungsbetrug mit «Office 365»-Zugangsdaten und das Schwerpunktthema «Umgang mit eingekauften Risiken bei Hard- und Software»: Der 28. Halbjahresbericht der Melde- und Analysestelle Informationssicherung (MELANI) befasst sich mit den wichtigsten Cyber-Vorfällen der zweiten Jahreshälfte 2018 im In- und Ausland. (30.4.)
  - **Sondermünzen:** Die Eidgenössische Münzstätte Swissmint lancierte zwei neue Sondermünzen. Sie ehrt das 100-jährige Jubiläum der Lokomotive «Krokodil» mit einer Goldmünze. An die Mondlandung vor 50 Jahren, bei der auch die Universität Bern mit einem Experiment beteiligt war, erinnert die Ausgabe einer Silbermünze. (9.5.)
  - **Cyber-Sicherheit:** Der Bundesrat hat den Umsetzungsplan zur «Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS) 2018–2022» verabschiedet und damit weitere Entscheide zum Aufbau des Kompetenzzentrums für Cyber-Sicherheit gefällt. Gleichzeitig hat der Bundesrat eine Stärkung der personellen Ressourcen im Bereich Cyber-Risiken im Umfang von 24 Stellen beschlossen. (15.5.)
  - **EFK:** Der Bundesrat hat Michel Huissoud in seinem Amt als Direktor der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) bestätigt. (15.5.)
  - **BIT:** Das Arbeitsverhältnis mit Dr. Giovanni Conti, Direktor des Bundesamts für Informatik und Telekommunikation (BIT), wird per Ende August 2019 im gegenseitigen Einvernehmen mit dem Departementsvorsteher EFD aufgelöst. (22.5.)
  - **Bundespraxen:** Die Bundespraxen für Prinzipalgesellschaften und Swiss Finance Branches werden auf den 1. Januar 2020 aufgehoben. Darüber wurde der Bundesrat informiert. (22.5.)
  - **Guisanplatz:** Pierre Broje, Direktor des Bundesamtes für Bauten und Logistik (BBL), hat im Beisein von Bundespräsident Ueli Maurer die Verwaltungsgebäude der ersten Bauetappe am Guisanplatz 1 in Bern den zukünftigen Nutzerorganisationen

- übergeben. Die Umnutzung des ehemaligen Militärgeländes in zivile Arbeitsplätze stellt einen Meilenstein im Unterbringungskonzept 2024 des Bundes dar. (27.5.)
- **Grundstückgewinne:** Ein im Auftrag des Nationalrats erstellter Bericht des Bundesrats zeigt fünf Varianten auf, wie eine Annäherung an die rechtsformneutrale Besteuerung von Grundstücksgewinnen erreicht werden könnte. Der Bundesrat hat den Bericht gutgeheissen. (29.5.)
  - **Einkaufstourismus:** Der Bundesrat hat einen Bericht verabschiedet, in dem er verschiedene Massnahmen zur Eindämmung des Einkaufstourismus analysiert. Er kommt zum Schluss, dass sich der Einkaufstourismus nur sehr bedingt mit Massnahmen an der Grenze beeinflussen lässt. Vielmehr sieht er in den bereits eingeleiteten Schritten zur Bekämpfung der Hochpreisinsel Schweiz einen Weg, dem Phänomen zu begegnen. (29.5.)
  - **Cyber-Sicherheit:** Florian Schütz, zuletzt Leiter IT Risk & Security bei Zalando SE in Deutschland, ist zum Delegierten des Bundes für Cyber-Sicherheit ernannt worden. Über diesen Entscheid des Vorstehers des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD), Bundespräsident Ueli Maurer, liess sich der Bundesrat informieren. (14.6.)
  - **BIT:** Der Bundesrat hat entschieden, dass Dirk Lindemann, Vizedirektor der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV), die Leitung des Bundesamtes für Informatik und Telekommunikation (BIT) ad interim übernimmt. Damit soll sichergestellt werden, dass während des ordentlichen Ausschreibungsverfahrens für die Nachfolge des scheidenden Direktors Giovanni Conti der Betrieb des BIT sowie insbesondere die Arbeiten zu den IKT-Schlüsselprojekten in der angestrebten Qualität weiterlaufen. (14.6.)
  - **Kaderlohnreporting:** Im Kaderlohnreporting informiert der Bundesrat jährlich über die Entlohnung und weitere Vertragsbedingungen des obersten Kaderns und der Leitungsorgane der bundesnahen Unternehmen und Anstalten. Er hat den Bericht über das Geschäftsjahr 2018 gutgeheissen. (21.6.)
  - **E-Government:** Der von Bundespräsident Ueli Maurer geleitete Steueraussschuss E-Government Schweiz hat die Entwürfe für die E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023 und die dazugehörige öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung zur Konsultation bei Bund, Kantonen und Gemeinden freigegeben. Für die Umsetzung der zukünftigen Strategie wird der Steueraussschuss die Ergebnisse einer extern erfolgten Wirksamkeitsanalyse zur heutigen Organisation E-Government Schweiz berücksichtigen. (25.6.)
  - **Corporate Governance:** Der Bundesrat hat den Expertenbericht zur Corporate Governance des Bundes diskutiert. Dieser kommt insgesamt zu einem positiven Befund, sieht in gewissen Bereichen aber Verbesserungspotenzial und gibt Empfehlungen dazu ab. Der Bundesrat hat auf dieser Basis verschiedene Massnahmen beschlossen. Zusätzlich erarbeitet der Bundesrat einen Postulatsbericht zum Thema Corporate Governance. (26.6.)
  - **Sustainable Finance:** Der Bundesrat hat eine Aussprache über einen nachhaltigen Finanzplatz Schweiz geführt. Er sieht in diesem Bereich grosse Chancen für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit und hat entschieden, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die verschiedene Abklärungen an die Hand nehmen soll. (26.6.)
  - **Aufgabenteilung:** Bund und Kantone sprechen sich für ein gemeinsames Projekt zur Überprüfung der Aufgabenteilung aus. Die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen ist zuletzt vor über zehn Jahren aufgrund einer umfassenden Prüfung neugestaltet worden. (28.6.)

## Geschäfte des EFD in den eidgenössischen Räten

### In der Sondersession verabschiedete Vorlagen

- **Finanzausgleich:** Bei der Diskussion über die Reform des Finanzausgleichs hat der Nationalrat die Offensive der Bergkantone gestoppt. Die Städte sollen mehr Geld für die Abgeltung der Zentrumslasten bekommen. Die Mittel für die Berggebiete werden

nicht aufgestockt. Diese Lösung ist Teil des Kompromisses, auf den sich die Kantone und der Bund nach jahrelangem Ringen geeinigt haben. Kern ist die Fixierung der Mindestausstattung auf 86,5 Prozent. Das ist weniger als heute, aber immer noch mehr, als ursprünglich angestrebt wurde. Die Geberkantone werden mit dieser Lösung entlastet. Auch der Bund würde Geld sparen. Der Kompromiss sieht aber vor, dass dieses Geld im System bleibt. Die Vorlage geht mit einer geringfügigen Differenz zurück an den Ständerat. (7.5.)

- **Versicherungen:** Bei der Revision des Versicherungsvertragsgesetzes hat der Nationalrat zu Gunsten der Konsumentinnen und Konsumenten nachgebessert. Verschiedene Anträge des Bundesrats, die den Versicherungen weit gehende Freiheiten gegeben hätten, fanden keine Mehrheit. Gestrichen hat der Nationalrat unter anderem die Möglichkeit, Vertragsbedingungen einseitig zu ändern. Auch die Einschränkung der Leistungen im Fall von Krankheit oder Unfall lehnte er ab. Finanzminister Ueli Maurer musste für seine Vorschläge Kritik einstecken. Die Linke sprach von einem "Kniefall vor der Versicherungslobby". SVP und FDP hatten in der vorberatenden Kommission noch den Kurs des Bundesrats unterstützt, schwenkten nach heftiger öffentlicher Kritik aber um. (9.5.)
- **Heiratsstrafe:** Die Benachteiligung verheirateter Paare gegenüber Konkubinatspaaren soll beseitigt werden, sowohl bei den Steuern als auch bei den Sozialversicherungen. Das fordert der Nationalrat. Mit 102 zu 74 Stimmen bei 1 Enthaltung hat er eine Standesinitiative des Kantons Aargau angenommen. Damit setzt er ein weiteres Zeichen gegen die Heiratsstrafe. Nun ist erneut der Ständerat am Zug, der die Standesinitiative abgelehnt hatte. Zur Abschaffung der Heiratsstrafe liegt dem Parlament bereits ein Gesetzesentwurf des Bundesrates vor. Diese ist aber sistiert, weil noch unklar ist, wie es nach dem Bundesgerichtsentscheid zur Volksinitiative der CVP weitergeht. Das Bundesgericht hatte die Abstimmung aufgehoben, weil die Verwaltung im Vorfeld falsche Zahlen geliefert hatte. (9.5.)
- **Steuern:** Der Nationalrat will den Kantonen keine allgemeine Steueramnestie erlauben. Er hat als Zweitrat eine Standesinitiative des Kantons Freiburg abgelehnt, mit 102 zu 75 Stimmen. Die Initiative ist damit vom Tisch. Die Mehrheit in beiden Räten befand, angesichts der bereits bestehenden und gut genutzten Möglichkeit zur einmaligen straflosen Selbstanzeige gebe es keinen Grund, die gesetzlichen Grundlagen zu ändern. Zudem seien Steueramnestien generell problematisch, da sie den Grundsatz der Rechtsgleichheit verletzen und negative Auswirkungen auf die Steuermoral hätten. (9.5.)
- **Banknoten:** Die heutige Stückelung der Banknoten im Wert von 10, 20, 50, 100, 200 und 1000 Franken wird nicht gesetzlich verankert. Der Nationalrat hat als Zweitrat eine Standesinitiative des Kantons Zug abgelehnt. Der Entscheid fiel mit 118 zu 55 Stimmen. Die Gegner argumentierten, es gebe keinen Hinweis darauf, dass die Nationalbank an der heutigen Stückelung etwas ändern wolle. Der Kanton Zug argumentierte, dass der Druck zur Schwächung oder Abschaffung des Bargeldes steige. (9.5.)

## In der Sommersession verabschiedete Vorlagen

- **Bankdaten:** Das Parlament will die Regeln zum Umgang mit Amtshilfegesuchen auf Basis gestohlener Daten nicht ändern. Der Ständerat hat es als Zweitrat abgelehnt, auf eine Vorlage einzutreten. Das Geschäft ist damit vom Tisch. Die Mehrheit im Parlament kam zum Schluss, mit der aktuellen Rechtsprechung des Bundesgerichts erfülle die Schweiz die Vorgaben des "Global Forum" bereits. Demnach kann die Schweiz auf Gesuche auf Basis gestohlener Daten eintreten, wenn der ersuchende Staat diese nicht gekauft und sich nicht sonst treuwidrig verhalten hat. Diese Auslegung erlaubte die Deblockierung zahlreicher Amtshilfegesuche. (5.6.)
- **Nachtrag:** Der Ständerat hat Nachtragskredite zum Budget für das laufende Jahr oppositionslos genehmigt. Der Bundesrat beantragt dem Parlament Kredite im Umfang von insgesamt 75,4 Millionen Franken. 12,3 Millionen sollen durch die Reduktion anderer Kredite kompensiert werden. Damit resultieren effektive Mehrausgaben von 63,1 Millionen Franken. Mit 58,5 Millionen entfällt der grösste Teil

auf die Beiträge für ehemalige Verdingkinder und andere Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen. Der Nachtragskredit ist auf die beschleunigte Behandlung der Gesuche zurückzuführen. Über mehrere Jahre gesehen führt das nicht zu zusätzlichen Ausgaben. Ein weiterer grösserer Nachtrag betrifft den Bereich Cyber-Defence. (6.6.)

- **Rechnung:** Der Ständerat hat die Jahresrechnung 2018 genehmigt. Der Bundeshaushalt schloss mit einem ordentlichen Überschuss von 2,9 Milliarden Franken ab. Budgetiert war ein Plus von 300 Millionen Franken. Das Finanzdepartement erklärte das Ergebnis mit der Einnahmeentwicklung und der hohen Disziplin bei den Ausgaben. Kommissionssprecher Hannes Germann (SVP/SH) sprach von einem "goldigen Rechnungsabschluss". Finanzminister Ueli Maurer geht vom Ende einer ausserordentlichen Periode mit überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum aus. "In den nächsten Jahren werden wir eher in eine Phase kommen, in der wir den Franken zweimal umdrehen müssen", sagte er. (6.6.)
- **Grenzen:** Der Ständerat pocht auf die nächtliche Schliessung von Grenzposten im Tessin. Er hat beschlossen, eine Motion von Lega-Nationalrätin Roberta Pantani nicht abzuschreiben. Der Rat nahm einen entsprechenden Antrag von Filippo Lombardi (CVP/TI) an. Dieser berichtete von gesprengten Bankautomaten und anderen Kriminalitätsproblemen. Die vom Parlament angenommene Motion beauftragt den Bundesrat, sich in Zusammenarbeit mit Italien für eine nächtliche Schliessung kleiner Grenzübergänge einzusetzen. Der Bundesrat setzte den Auftrag 2017 mit einem Pilotprojekt um, das für Spannungen zwischen der Schweiz und Italien sorgte. Vor rund einem Jahr beschloss er, kleinere Grenzübergänge mit Barrieren auszurüsten und diese nur im Bedarfsfall zu schliessen. (6.6.)
- **Grenzwache:** Das parlamentarische Hin und Her beim Thema Grenzwachtkorps geht weiter. Anders als der Ständerat will der Nationalrat zwei Standesinitiativen nicht abschreiben, welche eine Aufstockung des Grenzpersonals sowie eine bessere Ausrüstung fordern. Während der Nationalrat schon fast traditionell mehr Mittel und Personal für die Grenzwaiche sprechen will, lehnt der Ständerat solche Pläne mehrheitlich ab. Im Rahmen des Budgets 2019 haben die Räte im vergangenen Dezember für einmal einen Konsens gefunden und 44 neue Stellen bewilligt. Eine Mehrheit des Ständerats hält die Forderung der Kantone Graubünden und Wallis deshalb für erfüllt. Die grosse Kammer hat die Abschreibung der Initiativen mit 124 zu 40 Stimmen bei 8 Enthaltungen aber abgelehnt. (11.6.)
- **Bundesverwaltung:** Kaderangestellte des Bundes sollen ihre Interessenbindungen in einem Register offenlegen müssen. Der Nationalrat hat mit 128 zu 59 Stimmen eine Motion des Zürcher FDP-Nationalrats Hans-Ulrich Bigler angenommen. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat. Bigler argumentierte mit der Bedeutung der Bundesverwaltung im politischen Prozess, etwa bei der Vorbereitung von Gesetzen und deren Umsetzung. Die Aufgaben würden mit hoher Fachkompetenz erledigt, sagte Bigler. Doch auch Präferenzen und Wertvorstellungen spielten eine Rolle. Der Bundesrat stellte sich gegen die Motion. Finanzminister Ueli Maurer warnte vor administrativem Aufwand und vor einer "Gesinnungsprüfung". (12.6.)
- **Werbung:** Die Eidgenössischen Alkoholverwaltung soll Werbeentwürfe weiterhin kostenlos auf ihre Rechtmässigkeit prüfen. Das verlangt der Nationalrat vom Bundesrat. Er hat eine Motion von Lorenz Hess (BDP/BE) mit 129 zu 57 Stimmen angenommen. Hess will verhindern, dass künftig für die Vorprüfung Gebühren erhoben werden. Er ist überzeugt, dass das der Prävention schaden würde. Sonst werde in Zukunft Werbung geschaltet, die nicht den Regeln entspreche, sagte er. Das führe zu Rechtshändeln und Mehraufwand für die Verwaltung. Die Branche sei selber in der Lage, das Gesetz zu interpretieren, sagte Finanzminister Ueli Maurer. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat. (12.6.)
- **Mehrwertsteuer:** Alle Unternehmen sollen die Mehrwertsteuer künftig halbjährlich abrechnen können. Das fordert der Nationalrat vom Bundesrat mit einer Motion. Unternehmen, welche die effektive Methode anwenden, müssen heute vierteljährlich eine Abrechnung einreichen. Motionär Lorenz Hess (BDP/BE) verspricht sich vom neuen Rhythmus weniger Aufwand für rund zwei Drittel der Unternehmen.



Finanzminister Ueli Maurer zeigte sich dagegen überzeugt, dass die vierteljährliche Abrechnung für viele Unternehmen aus Liquiditätsgründen attraktiv sei. Die halbjährliche Abrechnung hätte seiner Meinung nach nur geringe Einsparungen zur Folge. Die unterschiedlichen Sätze verursachten deutlich mehr Aufwand, sagte Maurer. Der Nationalrat nahm die Motion trotzdem mit 127 zu 62 Stimmen an. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat. (12.6.)

- **Innovation:** Der Bundesrat soll die Einführung eines Innovation-Fellowship-Programms in der Bundesverwaltung prüfen. Das verlangt der Nationalrat vom Bundesrat mit einem Postulat. Talentierte Spezialistinnen und Spezialisten aus den Bereichen IT, Design oder Innovation sollen für eine gewisse Zeit in der Bundesverwaltung arbeiten können. Die Zürcher SP-Nationalrätin Min Li Marti, die das Postulat eingereicht hatte, verspricht sich davon Know-how- und Ideen-Transfer zwischen Verwaltung und Privatwirtschaft. Sie sprach von einer "Win-win-Situation". Der Bundesrat hatte sich bereit erklärt, den Auftrag anzunehmen. Andere Länder setzten das Modell mit Gewinn ein, sagte Finanzminister Ueli Maurer. (12.6.)
- **Eisenbahnverkehr:** Der Bundesrat muss einen Bericht verfassen, der die Auswirkungen der Änderungen im internationalen Eisenbahnverkehr auf die Kontrolltätigkeit des Grenzwachtkorps analysiert. Der Nationalrat hat ein Postulat von Marco Romano (CVP/TI) angenommen. Mit den neuen Verbindungen würden die Zahl der Halte an den Grenzbahnhöfen und damit die Möglichkeit der heutigen Art der Kontrollen verringert, argumentierte Romano. Finanzminister Ueli Maurer pflichtete ihm bei, stellte sich aber gegen das Postulat. Es handle sich um Prozesse, die laufend überprüft würden, sagte er. Der Bericht dürfte veraltet sein, wenn er beim Parlament ankomme. (12.6.)
- **Steuern:** Der Nationalrat ist dagegen, die schwarze Liste der nicht nichtkooperativen Steuergelände und die Sanktionen der EU zu übernehmen. Er hat eine Motion von SP-Nationalrat Cédric Wermuth (AG) mit 136 zu 52 Stimmen abgelehnt. In Europa gingen 20 bis 30 Prozent der Steuern durch Verschiebungen verloren, argumentierte der Motionär. Die Schweiz werde nach Annahme der AHV-Steuervorlage voraussichtlich von der grauen Liste gestrichen. Sie solle sich nun dafür einsetzen, dass die Menschen in anderen Ländern nicht weiter zur Kasse gebeten werden, weil Vermögende ihre Steuern nicht zahlten, sagte Wermuth. Die Schweiz bekämpfe grundsätzlich alle Listen und dürfe diese nicht durch die autonome Übernahme legitimieren, erklärte Finanzminister Ueli Maurer. Zudem entsprächen die Kriterien der EU-Liste nicht jenen der OECD, die international anerkannt seien. (12.6.)
- **Kinder:** Lassen Eltern ihre Kinder extern betreuen, sollen sie künftig bei der direkten Bundessteuer statt 10'100 Franken bis zu 25'000 Franken abziehen können. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat dem höheren Abzug für die Kinderbetreuung zugestimmt. Damit folgte die kleine Kammer ihrer vorberatenden Wirtschaftskommission und dem Bundesrat. Nur die SP hielt die Massnahmen generell für unbrauchbar. Sie wollte die Vorlage an den Bundesrat zurückweisen mit dem Auftrag, statt des Kinderbetreuungsabzugs eine Steuergutschrift auszuarbeiten. Ein solcher Systemwechsel blieb wie im Nationalrat auch im Ständerat chancenlos. Im Gegensatz zum Nationalrat will es der Ständerat beim höheren Abzug für Betreuungskosten bewenden lassen. Er ist dagegen, zusätzlich den allgemeinen Kinderabzug von 6500 Franken auf 10'000 Franken zu erhöhen. Mit dieser Differenz geht die Vorlage zurück an den Nationalrat. (13.6.)
- **Personal:** Der Ständerat hebt den Deckel für das Bundespersonal auf. Er hat sich zum zweiten Mal dafür ausgesprochen, eine Motion aus dem Jahr 2015 abzuschreiben. Damals hatten die Räte den Bundesrat beauftragt, den Personalbestand bei 35'000 Vollzeitstellen einzufrieren. Letztes Jahr beantragte die Regierung, den Auftrag zurückzunehmen. Ihrer Meinung nach ist das Anliegen umgesetzt. Abgelehnt hat der Ständerat eine neue Motion aus dem Nationalrat. Diese verlangte, dass die Personalausgaben der Bundesverwaltung den Stand gemäss dem Voranschlag 2019 nicht überschreiten dürfen. Der Vorstoss ist damit vom Tisch. (13.6.)

- **Pensionierung:** Frauen sollen beim Bund oder in bundesnahen Betrieben bis zum Pensionsalter der Männer weiterarbeiten können. Auf Wunsch sollen alle Mitarbeitende bis 67 Jahre weiterarbeiten können. Der Ständerat hat eine Motion von Martin Schmid (FDP/GR) mit diesen Forderungen angenommen. Das Anliegen sei bereits erfüllt, sagte Finanzminister Ueli Maurer. Wenn der Arbeitgeber einverstanden sei, könnten die Angestellten bis zum Alter von 70 Jahren weiterarbeiten. Die Rücktrittsregelung bei bundesnahen und vom Bund subventionierten Unternehmen liege jedoch nicht in der Zuständigkeit des Bundesrats. Über die Motion befindet sich noch der Nationalrat. (13.6.)
- **Steuern:** Die Verjährungsregeln für Verrechnungssteuern und Stempelabgaben sollen nicht jenen für die Mehrwertsteuer angeglichen werden. Der Ständerat hat eine vom Nationalrat angenommene Motion von Thomas Aeschi (SVP/ZG) oppositionslos abgelehnt. Der Vorstoss ist damit erledigt. Aeschi hatte mit Rechtssicherheit argumentiert und für die Verrechnungs- und die Stempelabgaben vor allem die fehlende Trennung zwischen Festsetzungs- und Bezugsverjährung sowie die fehlende absolute Verjährungsfrist moniert. Für den Ständerat dagegen besteht kein Zusammenhang zwischen Verrechnungssteuer, Stempelabgaben und Mehrwertsteuer. Auch der Bundesrat hatte die Motion zur Ablehnung empfohlen. (13.6.)
- **Bundesrat:** Der Ständerat hat den Geschäftsbericht des Bundesrats zur Kenntnis genommen. Zentrale Themen waren die Digitalisierung, Cyberangriffe, der Brexit, Ferienguthaben, E-Voting oder die Krankenkassenprämien. Vergangenes Jahr hatte sich die Genehmigung des Geschäftsberichts wegen des Postauto-Skandals verzögert. In der aktuellen Ausgabe ging es noch um dessen Aufarbeitung. Der Bundesrat habe seine Zielvorgaben erfüllt, sagte Bundespräsident Ueli Maurer. Der Ständerat hatte keine Vorbehalte und genehmigte den Geschäftsbericht oppositionslos. Dieser wird nächste Woche noch im Nationalrat diskutiert. (13.6.)
- **Steuern:** Der Nationalrat will die Bestimmungen zur straflosen Selbstanzeige nicht aufheben. Er lehnte eine parlamentarische Initiative von Margret Kiener Nellen (SP/BE) mit 118 zu 51 Stimmen ab. Es handle sich um eine Dauereinladung zur Steuerhinterziehung, sagte sie. Jede und jeder, der sein Auto falsch parke, bekomme eine Busse - nicht aber, wer sein Leben lang Steuern hinterzogen habe. Mit der Aufhebung der Bestimmungen könne der Pfad der Weissgeldstrategie weitergegangen werden. Aufgrund des Automatischen Informationsaustauschs hätten immer weniger Steuerpflichtige die Möglichkeit zur Regularisierung von Vermögen, sagte Kommissionssprecherin Daniela Schneeberger (FDP/BL). Für Steuerpflichtige mit Konten nur in der Schweiz bleibe die straflose Selbstanzeige aber zweckdienlich. (13.6.)
- **Steuerausfälle:** Der Nationalrat hat als Zweitrat die Staatsrechnung 2018 sowie Nachtragskredite zum Budget 2019 genehmigt. Finanzminister Ueli Maurer warnte in der Debatte vor künftigen Steuerausfällen wegen geplanter internationaler Regulierungen. Das gute Ergebnis sei wesentlich auf die Unternehmenssteuern zurückzuführen, sagte Maurer. Er sprach von einem "Klumpenrisiko" mit Blick auf den Plan der OECD, die Unternehmensbesteuerung international zu harmonisieren. "Das könnte unser Steuersystem auf den Kopf stellen", sagte Maurer. Neben einer Mindestbesteuerung ist geplant, am Ort des Konsums statt am Ort der Wertschöpfung zu besteuern. Für die Schweiz hiesse das Mindereinnahmen - je nach Ausgestaltung in Milliardenhöhe, stellte der Finanzminister fest. (17.6.)
- **Bundesrat:** Wie der Ständerat hat auch der Nationalrat den Geschäftsbericht des Bundesrats zur Kenntnis genommen. Zentrale Themen waren die Digitalisierung, Cyberangriffe, der Brexit, Ferienguthaben, E-Voting oder die Krankenkassenprämien. Vergangenes Jahr hatte sich die Genehmigung des Geschäftsberichts wegen des Postauto-Skandals verzögert. In der aktuellen Ausgabe ging es noch um dessen Aufarbeitung. Der Bundesrat habe seine Zielvorgaben erfüllt, sagte Bundespräsident Ueli Maurer. Der Nationalrat hatte keine Vorbehalte und genehmigte den Geschäftsbericht oppositionslos. (17.6.)

- **Saudi-Arabien:** Bundespräsident Ueli Maurer plant derzeit keine Reise nach Saudi-Arabien. Das schreibt er in einer Antwort auf eine Frage von SP-Nationalrätin Mattea Meyer (ZH). Im Mai hatte der Bundesrat in seiner Stellungnahme zu einem Vorstoss von Sibel Arslan (Grüne/BS) noch geschrieben, ein solcher Besuch werde geprüft. Der Entscheid hänge von den weiteren Entwicklungen ab. Diese führten nun offenbar dazu, dass keine Reise mehr geplant ist. Weiterhin vorgesehen ist hingegen, dass eine Delegation unter Leitung von EDA-Staatssekretärin Pascale Baeriswyl für den jährlich stattfindenden politischen Dialog nach Riad reist. Bei diesem Treffen würden auch Menschenrechtsfragen angesprochen, schreibt der Bundesrat. (17.6.)
- **Steuern:** Der Bundesrat verneint, dass er mit der Fifa eine Steuerbefreiung unter dem Radar plane. Der Weltfussballverband geniesse in der Schweiz "keine Vorrechte oder Immunitäten", schreibt er in seiner Antwort auf eine Frage von Cédric Wermuth (SP/AG). In den vergangenen zwei Jahren habe es auf Stufe Bundesrat einzig ein Treffen zwischen dem Aussenminister, dem Bundeskanzler und einer Fifa-Delegation gegeben. An jenem 20. Dezember 2017 sei es "ausschliesslich um Fragen der Fifa bezüglich ihrer Stellung als internationale Nichtregierungsorganisation und damit verbunden um die Anstellung von ausländischem Personal" gegangen. (17.6.)
- **Zölle:** Der Nationalrat möchte den Gewichtszoll beim Import von Personenwagen abschaffen. Der Ständerat hat die Motion mit dieser Forderung einstimmig abgelehnt. Diese sollte Parallelimporte erleichtern und den administrativen Aufwand reduzieren. Volkswirtschaftsminister Guy Parmelin zeigte Verständnis für das Anliegen. Er erinnerte aber daran, dass der Bundesrat plane, sämtliche Industriezölle abzuschaffen. Das Vorhaben sei in der Vernehmlassung auf positives Echo gestossen. Laut Kommissionssprecher Pirmin Bischof (CVP/SO) ist die Motion daher unnötig. Das bedeute aber nicht, dass der Ständerat das Anliegen nicht unterstütze, betonte er. (17.6.)
- **Global Forum:** Mit 127 zu 69 Stimmen (Nationalrat) und 29 zu 15 Stimmen (Ständerat) hiessen die eidgenössischen Räte in den Schlussabstimmungen das Bundesgesetz zur Umsetzung von Empfehlungen des Globalen Forums über Transparenz und Informationsaustausch für Steuerzwecke gut, welches Inhaberaktien abschafft, damit die Schweiz nicht auf einer schwarzen Liste landet. (21.6.)
- **Öffentliches Beschaffungswesen:** In den Schlussabstimmungen genehmigten die eidgenössischen Räte mit 194 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen (Nationalrat) und 44 zu 0 Stimmen (Ständerat) die Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen, welche die Vorgaben des entsprechenden WTO-Übereinkommens im Schweizer Recht abbilden soll. (21.6.)
- **Finanz- und Lastenausgleich:** Der Nationalrat (mit 185 zu 7 Stimmen bei 4 Enthaltungen) und der Ständerat (mit 37 zu 3 Stimmen bei 4 Enthaltungen) verabschiedeten in den Schlussabstimmungen das Bundesgesetz über den Finanz- und Lastenausgleich, welches die Geberkantone entlastet und die Nehmerkantone mit einer garantierten Mindestausstattung unterstützt. (21.6.)
- **Währung und Zahlungsmittel:** Die eidgenössischen Räte hiessen in den Schlussabstimmungen mit 144 zu 51 Stimmen bei einer Enthaltung (Nationalrat) und 44 zu 0 Stimmen (Ständerat) die Änderung des Bundesgesetzes über die Währung und die Zahlungsmittel gut, welche sicherstellt, dass alte Banknoten künftig unbefristet eingetauscht werden können. (21.6.)